

vonnöten, daß sich aller Gottesdienst im grellen Licht allgemeiner Verständlichkeit abspiele? Nicht umsonst wird auf die religionsgeschichtliche Tatsache hingewiesen, daß schon die alten Völker Wert darauf legten, an uralten Riten festzuhalten, obwohl sie dem Verständnis längst entschwunden waren. Die Hethiter gebrauchten in ihrem Opferritual Texte aus Sprachen, die schon abgestorben waren. Im römischen Mithraskult wurden persische Elemente weitergegeben, und auch die römischen Arvalbrüder sprachen Gebete, die niemand mehr verstand. Auch auf dem Konzil fehlte es nicht an Hinweisen auf Tatsachen dieser Art, für die Beispiele aus dem heutigen Indien angeführt wurden. Wenn das Konzil dennoch den Reformplänen, einschließlich des Sprachenartikels, mit überwältigender Mehrheit zugestimmt hat, so geschah dies offenbar aus der Überzeugung, daß die Kirche unter einem höheren Gesetz steht, das über ängstliche Bewahrung des Uralten und Hergebrachten hinausführt. Menschliche Schöpfungen können erstarren; die Kirche ist sich dessen bewußt, daß in ihr der Geist Gottes immerfort lebt und wirkt; daß er es ist, der sie zwingt, immer wieder die Kruste des Altwerdens aufzusprengen und in neuer Jugend auf neue Weise ihre Aufgabe zu erfüllen; und dies nicht zuletzt gerade auf dem Gebiet der Liturgie. Hat nicht der Herr selbst zur Samariterin vom Vater gesprochen, der die wahren Anbeter sucht, die ihn nicht mehr in den erstarrten Formen des Garizim oder des Tempels von Jerusalem, sondern im Geist und in der Wahrheit anbeten würden (Jo 3, 23 f)?

Dabei dürfen wir darauf vertrauen, daß die Ehrfurcht vor der Überlieferung in der Kirche, die nicht nur eine allen Völkern weitherzig offene katholische, sondern auch eine die Zeiten überdauernde apostolische Kirche ist, stark genug sein wird, um auch im Gottesdienst geheiligtes Erbe heiligzuhalten und kommenden Geschlechtern unverfälscht zu überliefern.

## Die Massenmedien im modernen Staat

Johannes Binkowski

Von Zeit zu Zeit tritt besonders deutlich in Erscheinung, daß das Verhältnis des Staates zu den Publikationsorganen irgendwie gestört ist. Es enthüllt sich dann, daß einerseits der Staat das richtige Verhältnis zu den Massenmedien nicht gefunden hat und daß anderseits diese Medien gar zu leicht einer destruktiven Kritik



verfallen. Die Publizisten z. B. haben ihre spitzbübische Freude daran, der Regierung, den Parteien, der Verwaltung oder der Justiz eines auszuwischen und von oben herab den Zensor zu spielen. Die Regierenden hinwieder sind offen oder versteckt bestrebt, die Pressefreiheit, die ihnen unbequem werden kann, einzuschränken, wichtige, die Öffentlichkeit interessierende Informationen den Publikationsorganen vorzuenthalten oder sie verstümmelt oder unvollständig weiterzureichen. Die eine Seite begegnet daher der andern voll Mißtrauen, und die andere ist nicht bereit, Mitverantwortung für das ganze Gemeinwesen zu tragen.

So richtig es ist, daß die Publizisten den Regierenden mit kritischer Wachheit gegenüberzutreten müssen, weil beide im demokratischen Staat verschiedene Funktionen haben, so falsch ist es, aus dieser Tatsache eine grundsätzliche Gegnerschaft oder gar Feindschaft zu machen. Die Demokratie lebt von dem Vertrauen der Bürger zueinander. Wer dieses Vertrauen in das Gegenteil verkehrt, zerstört damit zugleich die Basis demokratischer Existenz. Dies gilt nicht zuletzt von dem Verhältnis der Publikationsorgane zum Staat und umgekehrt.

Das gestörte Verhältnis zwischen Massenmedien und demokratischem Staat hat mannigfache Ursachen. Es hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die Publikationsmittel ihre Vergangenheit noch nicht überwunden haben. Zwar sind mit Hörfunk und Fernsehen neben die früher allein das Feld beherrschenden Zeitungen neue Medien der Information getreten. Allein auch sie können ihre Herkunft von dem geschriebenen Wort und damit von der durch die Sprache räsonierenden Publizistik nicht verleugnen. Es ist kein Zufall, daß die Rundfunkanstalten kaum Volontäre ausbilden, sondern diese Arbeit fast ausschließlich den Zeitungen überlassen, weil in den Redaktionen die Gewähr für eine gründliche Ausbildung am ehesten gegeben ist.

Die Zeitungen sind in ihrer ersten Blütezeit Organ eines räsonierenden Publikums gewesen, dem der absolutistische Herrscher die Möglichkeit einer aktiven Teilnahme am politischen Leben genommen hatte<sup>1</sup>.

In den geschriebenen Blättern konnte der Bürger zunächst zwar nur Kulturkritik, insbesondere literarische üben; bald aber begnügte er sich damit nicht, griff auch die Politik an und zog sie vor das Forum seines ihm allein verbliebenen Urteils, nämlich des moralischen. Die Zeitungen wurden so zur Stimme der Gesellschaft und fühlten sich mit ihr zusammen als Rivalen des Staates.

Allmählich haben sich die Unterschiede zwischen Staat und Gesellschaft verwischt. Der Staat hat seine Tätigkeit innerhalb der alten Zuständigkeiten erweitert und neue Aufgaben hinzu übernehmen müssen. Zwischen Staat und Gesellschaft hat sich die „repolitische Sozialsphäre“ geschoben<sup>2</sup>, für die sich der Staat mitverantwortlich fühlt. Aus der Gesellschaft ihrerseits sind neue Institutionen

<sup>1</sup> Reinhart KOSELLECK, *Kritik und Krise*. Ein Beitrag zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, Freiburg/München 1959.

<sup>2</sup> Jürgen HABERMAS, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962, 194 f.



herausgewachsen die sich ebenfalls zwischen Staat und Gesellschaft angesiedelt haben, die „intermediären Mächte“<sup>3</sup>. Sie suchen nicht direkt die Herrschaft im Staat ansichzureißen, wohl aber durch Besetzung der Schlüsselpositionen und durch massive Beeinflussung der Gesetzgebungsarbeit Macht im Staat zu gewinnen.

Wo ist nun der Ort der Publikationsorgane? Sie sind zwischen die Mühlsteine geraten und soziologisch mehr oder weniger heimatlos. Aus Organen der persönlich verantworteten Meinungsfreiheit sind sie zu festen Institutionen geworden, die ihr Schwergewicht in sich selbst tragen und oft weder zum Staat noch zur Gesellschaft tendieren. Um dieser Gefahr zu begegnen, ist z. B. wie Ridder schreibt<sup>4</sup>, die klassische Pressefreiheit der Privatleute durch die institutionelle Verpflichtung der publizistischen Organe auf die öffentliche Aufgabe der politischen Presse ergänzt worden. Am deutlichsten tritt diese Wendung beim Rundfunk in Erscheinung, der bei uns überhaupt nur als öffentlich-rechtliche Anstalt installiert worden ist. Obwohl das Bundesverfassungsgericht in seinem Fernseh-Urteil auch andere, d. h. privatrechtliche Organisationsformen bei Hörfunk und Fernsehen für möglich hält, wagt keine politische oder staatliche Instanz, diesen Weg zu beschreiten. Der Funk könnte dann aus seiner relativ großen Staatsnähe wieder in stärkere Nähe zur Gesellschaft rücken, was offensichtlich nicht gewünscht wird.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß sich mit dem Strukturwandel der bürgerlichen Öffentlichkeit die Aufgaben der Massenmedien verschoben haben. Nur wird diese Veränderung deshalb so wenig gesehen, weil man allenthalben an der Fiktion der bürgerlichen Öffentlichkeit festhält. Dies ist der eigentliche Grund, weshalb sich das Verhältnis von Massenmedien und Staat bisher nicht fruchtbar entfaltet hat.

Die Öffentlichkeit ist früher einmal der Ort gewesen, an dem sich die Bürger getroffen haben, um über gemeinsam interessierende, öffentliche Angelegenheiten zu beraten<sup>5</sup>. Nur in dieser Öffentlichkeit trat die Freiheit des Menschen in Erscheinung und konnte sich entfalten. Als der Absolutismus die Öffentlichkeit des Staates für den Herrscher beanspruchte, blieb dem Bürger nichts übrig, als sich in die Privatsphäre zurückzuziehen und von hier aus durch Raisonement eine neue, eben die vorpolitische, dennoch „bürgerlich“ genannte Öffentlichkeit aufzubauen. Die Privatsphäre beginnt damit öffentlich bedeutsam zu werden. Sehr zugespitzt kann man sagen, daß die Öffentlichkeit heute vom privaten Innenraum okkupiert ist. Die Innerlichkeit, die schon publizitätsbezogen war, ist inzwischen einer intimitätsbezogenen Verdinglichung gewichen, die private Existenz wird gleichsam von der Öffentlichkeit aufgesogen<sup>6</sup>.

Die Publikationsmittel stehen deshalb in der ständigen Gefahr, die Intimsphäre zum Objekt ihrer Veröffentlichung zu machen und die Bezogenheit auf den Staat

<sup>3</sup> Joseph H. KAISER, *Die Repräsentation organisierter Interessen*, Berlin 1956, 26.

<sup>4</sup> *Meinungsfreiheit* in: NEUMANN/NIPPERDEY/SCHNEIDER, *Die Grundrechte*, Bd. II, Berlin 1954, 258.

<sup>5</sup> Hannah ARENDT, *Vita activa*, Stuttgart 1960, 49 f.

<sup>6</sup> Jürgen HABERMAS a.a.O. 190.



zu unterschlagen. Es muß aber deutlich gesagt werden, daß dies nicht allein mit der Sensationshascherei der Journalisten zusammenhängt, sondern vor allem mit der soziologischen Entwicklung.

In diesem Zusammenhang ist noch auf eine andere Tatsache hinzuweisen, die Karl Mannheim die „Fundamentaldemokratisierung“ nennt<sup>7</sup>. Was früher Privileg der oberen Schichten gewesen ist, wird heute zum Gemeingut auch der Masse. Die doppelte Moral von Privatleben und Staatsräson, die der Machiavellismus gelehrt hatte, führte in den oberen Schichten zu Zynismus und Ironie als sublimierten Formen einer Verlegenheit. Heute wird sie zur „Alltagsmoral des kleinen Mannes“, stimuliert durch gewisse Publikationsorgane, die von Enthüllungen und Demaskierungen leben. Sie erzeugen in dem „kleinen Mann“ das Gefühl, selbst ein kleiner Machiavelli zu sein. Dem reaktiven Zynismus der Masse erscheinen deshalb demaskierende Veröffentlichungen aus der Intimsphäre als besonders willkommene Lektüre.

Kommt der Staat durch diese Verschiebung des publizistischen Schwergewichts nicht zu kurz? Zweifellos, wenn damit schon alles gesagt wäre. In Wahrheit jedoch ist es nur ein Teil der Massenmedien, der dieser Tendenz nachgibt. Außerdem steckt selbst in der Beschäftigung mit den Privatangelegenheiten des Menschen ein Faktor, der auch für das staatliche Leben von Bedeutung sein kann. Der Mensch ist in der pluralistischen Gesellschaft weitgehend sich selbst überlassen. Er ist isoliert und findet nicht die Möglichkeit, die vier Ziele menschlicher Existenz, die nur in der Gemeinschaft realisiert werden können, zu erlangen: Sicherheit, Erwidern, Anerkennung und Neuheitserlebnis<sup>8</sup>.

In der heutigen, weitgehend atomisierten Gesellschaft erfährt der isolierte einzelne weder hinreichende Sicherheit, noch Erwidern, noch Anerkennung. Das Verlangen, Neues zu erfahren, korrespondiert mit dem Sicherheitsbestreben. Denn gerade das Neue kann dem Menschen gefährlich werden und damit die Sicherheit in Frage stellen. Weil die Gesellschaft kaum in der Lage ist, die vier Werte zu erfüllen, greift der Mensch nach Ersatzbefriedigungen. Dazu gehört etwa der Geltungskonsum. Durch Teilnahme am allgemeinen Zivilisationskomfort sucht der Mensch vor sich und andern jenes Prestige zu gewinnen, das ihm die Gesellschaft nach Maßgabe seiner Leistung und Stellung für das Ganze nicht mehr geben kann.

Die modernen Massenmedien springen hier in die Bresche. Sie bieten vor allem Sicherheit durch Information. Man unterschätze diese Funktion nicht. Der Mensch ist auf Informationen angewiesen. Weil die politische, wirtschaftliche und soziale Interdependenz stärker geworden ist und die Bindung an bisherige Primärgruppen nachgelassen hat, muß er das Beste aus den ihn mehr oder weniger berührenden Ereignissen für sich persönlich herausholen<sup>9</sup>. Er glaubt weiterhin an einen inneren

<sup>7</sup> *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbruchs*, Darmstadt 1958, 84 f.

<sup>8</sup> Howard BECKER, *Soziologie als Wissenschaft vom sozialen Handeln*, Würzburg o. J. 82 ff.

<sup>9</sup> Roger CLAUSSE, *Publikum und Information*. Entwurf einer ereignisbezogenen Soziologie des Nachrichtenwesens, Köln und Opladen 1962, 10 f.



Zusammenhang der vielen Geschehnisse. Die Zusammenschau der vielen Ereignisse vollzieht sich jedoch im Geistigen, zu dem nicht alle Menschen den gleichen Zugang haben. Verstehen der Zusammenhänge setzt Einsicht voraus, eine Begabung, die bei dem einen größer, bei dem anderen kleiner ist<sup>10</sup>. Der einzelne wird daher unsicher und unruhig, weil er das Geschehen nicht einzuordnen vermag. Wer es unternimmt, über die Ereignisse zu berichten, nimmt dem Menschen die Angst vor plötzlich hereinbrechendem Unheil und ermöglicht es ihm, sein Leben entsprechend einzurichten. Wer darüber hinaus eine gewisse Ordnung in das Vielerlei der Geschehnisse bringt, bietet dem Menschen die Chance, sich zurechtzufinden, Haltepunkte in der unüberschaubar gewordenen Welt zu haben. Alle ernstzunehmenden Publikationsorgane bemühen sich um diese Ordnung. Leser und Hörer sind hierfür dankbar, auch wenn ihnen der Grund für ihr Vertrauen zu den Publikationsorganen nicht bewußt wird.

Über die Ordnung des allgemeinen Geschehens hinaus bieten vor allem die regionalen Tageszeitungen ihren Lesern noch einen speziellen Dienst. Sie informieren über die Geschehnisse in der kleinen, überschaubaren Heimat. Alles, was der Mensch wissen muß, um sich in seiner Umwelt und ihren soziologischen Gruppen richtig zu verhalten, erfährt er aus der Zeitung. Erst diese Informationen vermitteln ihm die Sicherheit, die er braucht.

Über das Neuheitserlebnis ist nicht viel zu sagen. Alle Massenmedien bringen Sensationen, oft sogar in einem solchen Übermaß, daß die dadurch hochgepeitschte Sensationsgier die anderen Werte überspielt. Neugier als Drang nach Neuem ist eine Wesenseigenschaft des Menschen, die in der gesamten menschlichen Verhaltens- und Triebstruktur diffus wirksam wird<sup>11</sup>.

Vielleicht hat sie, wie Scheler meint<sup>12</sup>, enge Beziehungen zum Machttrieb. Sie zu befriedigen, ist eine legitime Aufgabe. Hierin liegt der tiefere Grund für die Berechtigung, über recht verstandene Sensationen zu informieren. Erwiderung und Anerkennung findet der Leser in den Massenmedien vor allem indirekt. Sie bieten vielfache Möglichkeiten der Identifikation und der Selbstwertbestätigung.

Man bezeichnet die Massenmedien häufig als Kommunikationsmittel. In der Tat gibt es in der modernen Gesellschaft nur wenig Faktoren, die für die Integration der Gesellschaft als Ganzes in Frage kommen. Zu ihnen gehören die Massenmedien, die das Individuum aus seiner Isolierung herausholen und es durch die Informationen zwingen, sich mit den Geschehnissen auseinanderzusetzen. Zugegeben, dies ist zunächst noch etwas sehr Äußerliches; aber einmal vollzieht sich Kommunikation meistens über Sprache und Schrift, die vielfach informierender Natur sind<sup>13</sup>; und dann nimmt der Mensch ohnehin heute höchstens noch den Anteil des Zuschauers<sup>14</sup>.

<sup>10</sup> August BRUNNER, *Geschichtlichkeit*, Bern und München 1961, 84.

<sup>11</sup> Arno von BLAKER, *Die Neugier*. Ursprung, Entstehung, Psychologie, Zürich 1951, 18.

<sup>12</sup> *Die Wissensformen und die Gesellschaft*, Bern und München 1960, 65.

<sup>13</sup> Erich FELDMANN, *Theorie der Massenmedien*, München/Basel 1962, 161.

<sup>14</sup> David RIESMAN, *Die einsame Masse*, Darmstadt 1956, 286 f.



Ober er aus der Reserve des Zuschauers heraustritt, kann nur der einzelne entscheiden. Die Massenmedien bieten ihm jedenfalls die Chance, informierter Zuschauer zu sein, und damit die Möglichkeit der Kommunikation.

Die pluralistische Gesellschaft zerfällt in eine Vielzahl von Gruppen, die im Grund alle nur Monologe führen. Die Publikationsorgane sind heute nahezu die einzigen, die die Gruppen zum Gespräch zusammenbringen, sei es in einer Diskussionsrunde im Rundfunk, sei es durch umfassende Berichterstattung über die verschiedenen Standpunkte, sei es durch kritische Kommentare oder durch Leserbriefe vorangetrieben. So werden diese Publikationsorgane zum „Zeitgespräch der Gesellschaft“<sup>15</sup>. In ihm kommt der Dialog zwischen den Gruppen zustande.

Für den Staat sind diese Tatsachen von entscheidender Bedeutung. Seine eigene Integrationskraft hat nachgelassen. Die Massenmedien bereiten ihm daher gleichsam den Boden, auf dem sich staatliche Gemeinschaft entfalten kann. Das Parlament, ursprünglich sichtbarer Ausdruck der integrierenden Fähigkeit des Staates, hat an Ansehen und Ausstrahlungskraft verloren. Die Regierung bliebe deshalb häufig ohne den notwendigen Gesprächspartner, gäbe es keine Publizistik. Man vergleiche die tägliche Praxis. Die Pressekonferenzen sind zum eigentlichen Mitspieler der Regierenden geworden. Wichtige politische Entscheidungen werden kaum noch dem Parlament als erstem bekannt gemacht, sondern der Pressekonferenz. Hier bietet sich in Rede und Gegenrede, in Frage und Antwort die Möglichkeit, den eigenen Standort zu präzisieren und Einwänden zu begegnen. Der Journalist ist hierbei in einer ähnlichen Lage wie die Regierenden: Beide sind engagierte Dilettanten in des Wortes guter Bedeutung (das heißt Liebhaber). Gegenüber den vielen notwendigen Experten in Parlament und Verwaltung sind beide nahezu die einzigen, die genug fachliche Unbekümmertheit besitzen, um universal und damit dem Ganzen verpflichtet zu sein.

Daß die Wirklichkeit dieser grundsätzlichen Überlegung oft nicht entspricht, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Journalisten weniger „Sprachrohr der öffentlichen Meinung“ sind als kritische Partner der Regierenden. Sie bringen als Integrationsfaktoren eine in etwa integrierte Gesellschaft ins Spiel, besser und umfassender als es die Interessentenverbände vermögen. Sie bilden eine neue, die publizistische Öffentlichkeit, die in Staat und Gesellschaft zugleich wurzelt. Weil diese Entwicklung noch nicht in das allgemeine Bewußtsein gedrungen ist, klebt man an überholten Vorstellungen. Die Öffentlichkeit der Pressekonferenz ist eigener Art und völlig anders strukturiert als die Öffentlichkeit eines Parlaments oder als die frühere bürgerliche Öffentlichkeit.

Inmitten der vielen Interessentengruppen droht der Staat selbst zu einem Interessenten zu werden, zumal er viele berechtigte Interessen wahrzunehmen hat. Den wirklichen Interessentenverbänden gegenüber ist er deshalb unterlegen, weil er von allen Seiten kritisch durchleuchtet wird. Trotz aller Pressestellen hat er oft

<sup>15</sup> Bernd Maria ASWERUS, *Typische Phasen gesellschaftlicher Kommunikation*, in: *Publizistik*, 5 (1960) Heft 1.



nicht einmal die Möglichkeit der Selbstdarstellung und Selbstinterpretation. Weil der Staat über keine eigenen publizistischen Führungsmittel verfügt, wird er entweder danach trachten, sich diese Mittel zu schaffen, oder er wird an Autorität verlieren. Wieder sind es die Massenmedien, die dem Staat hier zu Hilfe kommen müssen. Bei aller kritischen Distanz zur Regierung sind sie gehalten, den Staat und seine Politik zu interpretieren, das allgemeine Geschehen in das Verständnis der Bürger zu übersetzen, Kritik zu üben, wo es notwendig ist, und auf diese Weise die Gesellschaft in den Staat hineinzuintegrieren. So wird der demokratische Staat mit Hilfe der Massenmedien nicht nur in Gang gehalten, sondern auch zu einem einheitlichen Ganzen.

Noch einmal ist darauf hinzuweisen, daß die Praxis diesen Feststellungen vielfach nicht entspricht. Es gibt zu viele Organe, die bloß von der Sensation leben und die Verantwortung für die staatliche Gemeinschaft nicht sehen. Man sollte aber nicht bei diesen Randerscheinungen stehen bleiben, sondern seinen Blick gerade auf jene Medien richten, die, von aufrichtigem Verantwortungsbewußtsein getragen, ihre Aufgabe nach besten Kräften erfüllen. Daß wir in einer Zeit des Übergangs leben, erleichtert diesen Organen ihre Aufgabe nicht. Sie sind vielmehr hin- und hergerissen zwischen alt und neu und suchen ihren Weg ohne entscheidende Mithilfe von außen.

Es wäre freilich falsch, die Bedeutung der verschiedenen Medien, Zeitung, Hörfunk und Fernsehen, für den Staat als völlig gleichartig anzusehen. Wohl tragen sie alle zur Kommunikation bei und sind zu Partnern der Regierenden geworden. In diesem allgemeinen Rahmen jedoch erbringen sie eine je spezifische Leistung, die sich aus dem Wesen der verschiedenen Medien und ihren Grenzen ergibt.

Die Zeitung bedient sich des geschriebenen Wortes und des gedruckten Bildes. Früher war sie das einzige Medium, das die Bevölkerung mit Nachrichten versorgte. Heute muß sie damit rechnen, daß ein großer Teil der wichtigsten Tatsachen dem Leser bereits durch den Rundfunk mitgeteilt wurde. Es ist allgemein bekannt, daß Menschen, die an bestimmten Ereignissen unmittelbar teilgenommen haben (Sportveranstaltungen, Unglücksfälle, Massenkundgebungen usw.) am nächsten Tage in der Zeitung einen Bericht über das Ereignis lesen wollen. Der Mensch will das Ereignis noch einmal nacherleben und das Geschehnis, das er wie einen Film hat ablaufen sehen, nun gegliedert, mit Hintergrund und Farbe, mit erkennbaren Akzenten und Schwerpunkten neu erfahren. Er sucht in der Zeitung also die geordnete und bewertete Begebenheit.

Das geschriebene Wort verlangt geistige Konzentration. Da die hauptsächliche und eigentliche Ursache des geschichtlichen Geschehens geistigen Ursprungs ist<sup>16</sup>, bedeutet geistige Konzentration ein adäquates Verständnis der politischen Vorgänge und zugleich die Möglichkeit der Zusammenschau. Damit ist das Tor ge-

<sup>16</sup> August BRUNNER a.a.O. 50.



öffnet für die innere Bindung an den Staat. Je wacher das Bewußtsein gerade auch dem demokratischen Staat gegenüber ist, um so tiefer ist die Verwurzelung. Bewußtseinserhellung kann gerade durch das geschriebene (oder auch gesprochene) Wort gefördert werden.

Die Jagd nach dem Neuesten hat in der Vergangenheit dem Wert der Aktualität eine übergroße Bedeutung verschafft. Die Zeitung hat inzwischen den Wettbewerb um die Aktualität mit dem Rundfunk verloren, der häufig aus der Aktualität eine Gleichzeitigkeit macht. Deshalb muß die Zeitung der Aktualität, die eines ihrer Lebenselemente ist, einen neuen Inhalt geben. Sie hat entdeckt, daß Aktualität kein absoluter Wert ist. Andernfalls käme sie in Gefahr, alles Sein in Tätigkeit aufzulösen, wie es etwa die moderne Aktualitätstheorie versucht. Aktualität steht mit dem jeweiligen Interesse des einzelnen in engem Zusammenhang<sup>17</sup>. Als das Bemerkenswerte hängt sie ab vom Nutzen und Wert der Nachricht für den Empfänger. Diese Beziehung herzustellen ist die eigentliche Aufgabe der Zeitung. Sie hat demnach das persönlich Interessierende mit dem Gemeinwohl des Staates in Einklang zu bringen, ein Vorgang, der staatspolitisch von größter Wichtigkeit ist, weil der Weg zur Allgemeinheit gewöhnlich bei den privaten Interessen seinen Ausgang nimmt.

Dem Fernsehen, das mit bewegten Bildern arbeitet, wohnt eine nahezu magische Faszination inne. Den Apparat abzuschalten fällt schwer und fordert jeweils einen eigenen harten Entschluß. Man ist bei den wichtigsten Ereignissen dabei, ohne jedoch selbst gesehen zu werden. Der alte Wunsch der Menschheit scheint in Erfüllung gegangen zu sein, mit einer Tarnkappe durch die Welt zu gehen, alles miterleben und doch nicht engagiert zu sein. Die bunte, viegestaltige, erregende Welt kommt in das eigene Heim. Das Fernsehen bietet der Wahrnehmung keine ernsthaften Schwierigkeiten; denn es setzt an die Stelle der geistigen Sachverhalte die unmittelbar einleuchtenden Bilder. Der geistige Gehalt eines Ereignisses wird freilich nur dem aufgehen, der hinter die Außenwand der Bilderwelt stößt. Dies ist jedoch nicht leicht, weil die bewegten Bilder eine so starke suggestive Kraft besitzen, daß das Bewußtsein davon ganz gefangen wird und zu schwierigen Operationen nicht bereit ist.

Die Tagesschau ist das politische Aushängeschild des Fernsehens. Zweifellos hat sie die ihr gemäße Form noch nicht gefunden. Trotzdem ist heute schon festzustellen, daß bei Bild-Informationen Faktoren eine Rolle spielen, die nachrichtenfremd sind. Das Bild ist oft nur eine optische Illustration der akustisch übermittelten Nachricht. Häufig lenkt es vom eigentlichen Informations-Gehalt ab.

Den bewegten Bildern fehlt die besondere Fähigkeit des Wortes: Sie können weder abstrahieren noch komprimieren. Geistige, unanschauliche Gehalte können sie überhaupt nicht darstellen, höchstens illustrieren. Weil die fernseh-gerechte Nachricht vom Bild ausgeht und das Wort nur zur Verdeutlichung zu Hilfe nimmt,

<sup>17</sup> U. de VOLDER, *Soziologie der Zeitung*, Stuttgart 1959, 56.



wird die Umkehrung – vom Wort ausgehen und durch das Bild illustrieren – dem Medium nicht gerecht.

Das Hin und Her von verlesener Nachricht und bewegtem Bild in der Tagesschau geht auf Kosten der ernsthaften Information. Da die stärkere Wirkung vom Bild ausgeht, bleiben die wichtigsten Nachrichten oft blaß gegenüber den manchmal nur zweitrangigen Bildberichten. Wer seine politische Information vornehmlich aus der Tagesschau bezieht, bekommt weder ein umfassendes, noch ein richtiges Bild der Wirklichkeit. Vergleicht er die vom Fernsehen bezogenen Informationen mit denen des Hörfunks oder der seriösen Zeitung, dann muß er zu der Überzeugung kommen, es handle sich offensichtlich um zwei ganz verschiedene Welten. Damit aber wird das Verhältnis des bloßen Fernseher zu Politik und Staat problematisch. Der Staat kann im Fernsehen nur optisch dargestellt werden, wobei der Bezug auf die geistige Ebene, aus der heraus der Staat lebt, leicht verschüttet wird.

Abzulehnen ist deshalb die These, die bildende Wirkung des Fernsehens sei ungleich größer als die der übrigen Bildungsmittel wie etwa Buch oder Presse, weil es die große und breite Verbindung zur Wirklichkeit darstelle<sup>18</sup>. Falsch ist an dieser Behauptung eigentlich alles, insbesondere aber die Begründung. Denn das Fernsehen stellt keine Beziehung zwischen Fernseher und Wirklichkeit her, weil es sich in einem neu geschaffenen künstlichen Beziehungsraum vollzieht und weil es nur sehr subjektiv gewählte Ausschnitte aus einem Vorgang einfängt. Richtig ist nur, daß im Fernsehen bildnerische Möglichkeiten stecken, die aber in den Bild-Nachrichten erst als letzte zu finden sind.

Die wirkliche Stärke des Fernsehens liegt in der Dokumentation und in Ereignissen, deren voller Werdegang verfolgt werden kann. Alle anderen Bild-Informationen bedürfen der Ergänzung durch das Wort. Die unmittelbare Anschaulichkeit der Bild-Dokumentation allerdings bietet die Möglichkeit, zu den Repräsentanten des politischen Lebens und zu wichtigen staatspolitischen Geschehnissen Zugang zu finden. Nur muß man sich vor dem naheliegenden Glauben hüten, die Fernseh-Sendungen ließen der eigenen Aktivität kaum noch einen Spielraum. Das Gegenteil ist richtig. Sie breiten das Material aus und überlassen es dem Fernseher, daraus die für ihn notwendigen Schlüsse zu ziehen. In dieser Hinsicht unterscheidet sich das Fernsehen nicht von der Zeitung. Nur ist die Forderung nach Eigenleistung des Menschen versteckter als bei der Zeitung, die schon durch das Lesen geistige Leistung verlangt.

Der Hörfunk ähnelt in seiner Wirkung eher der Zeitung als dem Fernsehen. Wie die Zeitung arbeitet er mit dem Wort, das es ihm ermöglicht, auch geistige, bildlich nicht darstellbare Sachverhalte zu beschreiben. Hören verlangt noch größere geistige Aufmerksamkeit als Lesen. Weil die Fähigkeit zur Konzentration heute sehr schnell nachläßt, dürfen Hörfunk-Nachrichten nicht lang sein. Sie entsprechen

<sup>18</sup> So Clemens MUNSTER auf dem 5. Internationalen Kulturkongreß in München vom 26.—30. 11. 1962.



etwa dem ersten Abschnitt eines geschriebenen Berichts, geben also nur das Gerippe der Information, mit andern Worten: sie vermitteln lediglich die Tatsachen als solche.

Der Hörfunk, und darin liegt seine besondere Stärke, ist das Medium, das über die größte Aktualität verfügt. Es informiert am schnellsten und kann deshalb gewöhnlich den sogenannten Nachrichten-Schock für sich verbuchen. Man versteht darunter die psychische Erregung, die die erste Mitteilung eines überraschenden und bedeutsamen Ereignisses auslöst. Die Unanschaulichkeit der Information ist im Hörfunk noch größer als in der Zeitung. Dies ist die Ursache dafür, daß viele Nachrichten gar nicht oder falsch zur Kenntnis genommen werden. Die Möglichkeit der Nachprüfung besteht zunächst nicht. Der Hörfunk wiederholt deshalb wichtige Nachrichten in späteren Sendungen und kann auf diese Weise die Flüchtigkeit des gesprochenen Wortes einigermaßen ausgleichen.

Der Hörer wird durch den Hörfunk schnell über alle wichtigen politischen Ereignisse informiert. Er kann deshalb als Staatsbürger Anteil nehmen an allem, was den Staat angeht. Allerdings erlaubt die abstrakte Unanschaulichkeit der Hörfunk-Nachricht und die Unmöglichkeit, das gesprochene Wort zur Nachprüfung zurückzuholen, eine lebendige Bezogenheit zum Staat nicht. In aufgeregten Zeiten jedoch, etwa Revolutionen, kann der Hörfunk zum entscheidenden Medium werden. Der Ausgang einer Revolution, z. B. 1961 in Syrien, hängt häufig davon ab, welche Gruppe über die Rundfunkstationen verfügt. Sobald aber die leidenschaftliche Erregung vorüber ist und der Bürger ein normales, vertieftes Verhältnis zum Staat sucht, wird der Hörfunk allein nicht ausreichen. Er bedarf dann der Ergänzung.

Keines der drei Medien beherrscht allein das Feld, sie sind vielmehr notwendig aufeinander angewiesen. Der Hörfunk vermittelt die nackten Tatsachen, das Fernsehen erweckt die Illusion des Dabeiseins mit allem, was emotional daraus folgt, die Zeitung schließlich setzt in dem Ablauf des Geschehens deutlich erkennbare Akzente. Von dem Wesen der Medien her ergibt sich also eine sinnvolle Ergänzung. Der Staat gewinnt durch das Miteinander der Medien. Die Chancen, möglichst objektiv informiert zu werden, wachsen mit der Möglichkeit des Vergleichs. Zu der Vielfältigkeit politischer Stellungnahme, die bisher durch die Vielzahl der Zeitungen mit ihren verschiedenen Richtungen garantiert wurde, tritt heute die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Medien. Die staatliche Wirklichkeit könnte auf diese Weise bunter, anschaulicher und tiefergründiger in Erscheinung treten.

Eine planmäßige Realisierung dieses Miteinanders hängt von verschiedenen Voraussetzungen ab. Notwendig wäre vor allem eine Besinnung auf die dem Wesen des Mediums gemäße Form. Das Gespräch zwischen den Verantwortlichen müßte in Gang kommen. Eine gewisse Selbstbescheidung wäre unerlässlich. Sie könnte die Grundlage für ein publizistisches Standesethos sein, das heute noch weithin fehlt. Staat und Regierungen schließlich sollten nicht nur auf *ein* Medium



schauen, sondern sich der Tatsache bewußt sein, daß alle drei heute unerläßlich sind und daß sie deshalb bei aller Konkurrenz in den Leistungen doch als Einheit anzusehen sind. Eine einseitige Bevorzugung erweckt Mißtrauen. Offenes Vertrauen auf allen Seiten fördert das Verantwortungsbewußtsein für das Gemeinwesen und seine Aufgaben.

Die institutionalisierte öffentliche Meinung muß außerdem auch dem Publikum gegenüber wieder offener werden. Es geht nicht an, daß eine Handvoll einseitig geprägter Persönlichkeiten die Schlüsselstellungen im Rundfunk besetzt hält und jedem, der nicht von ihrer Denkungsart ist, den Zugang zu Mikrophon und Kamera verwehrt. Offenheit gegenüber dem Publikum bestände darin, daß der Vielgestaltigkeit der Meinungen Rechnung getragen wird. Man soll und muß natürlich Meinungen vortragen. Sie dürfen in einer pluralistischen Gesellschaft aber nur begründet angeboten, nicht suggestiv oktroyiert werden, wie es z. B. die Fernseh-Sendung „Panorama“ fast durchweg tut. Diese Art unterschwelliger oder sehr bewußter Vergewaltigung der anderen Meinung macht jedes Gespräch zwischen den verschiedenen Gruppen unmöglich, weil sie durch diktatorische Allüren zum Meinungsmonopol wird. Die öffentliche Meinung hat in einem demokratischen Staat über den Vollzug politischer Herrschaft zu wachen. Sie entsteht heute vor allem durch die kritische Publizistik, die den formellen Kommunikationsbereich der Institutionen und den informellen der vielen Privatleute zusammenbringt<sup>19</sup>.

Weil heute der Prozeß der formellen Kommunikation gewöhnlich über eine organisations-interne Öffentlichkeit geht, ist die Funktion der drei Massenmedien für die Meinungsbildung der Öffentlichkeit sehr verschieden. Im Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) als einer öffentlich-rechtlichen Anstalt haben nach dem Fernseh-Urteil des Bundesverfassungsgerichts alle gesellschaftlich relevanten Gruppen zu Wort zu kommen und in den Aufsichtsgremien vertreten zu sein. Deswegen gibt es im Rundfunk entweder gar keine profilierten Meinungen der verschiedenen Gruppen oder nur einseitig gefärbte Meinungen, die es verstehen, das demokratische Grundprinzip der Meinungsfreiheit einseitig nur auf sich zu beziehen. Letztlich aber gleichen sich die verschiedenen Standpunkte aus. Keiner ist, im Zusammenhang des Ganzen gesehen, in der Lage, über eine organisations-interne Öffentlichkeit zur formellen öffentlichen Meinung zu führen. Der Rundfunk kann daher nur den Rahmen abstecken, in dem sich heute Öffentlichkeit vollzieht. Er befindet sich in einer ähnlichen Lage wie der Staat. Ihm fehlt die Gabe der Integration. Denn eine große Zahl von individuellen Hörern oder Sehern bildet noch keine integrierte Gemeinschaft, höchstens eine Masse vieler einzelner.

Die Vielzahl der Zeitungen erlaubt es, einen anderen Weg zu gehen. Zwar sind sie alle zusammen ebenfalls ein Spiegelbild der pluralistischen Gesellschaft. Jede einzelne von ihnen aber kann klarer und betonter eine eigene Meinung vertreten als der Rundfunk. Vielleicht liegt in diesem Umstand das Unbehagen begründet,

<sup>19</sup> Jürgen HABERMAS a.a.O. 268.



das heute den Zeitungen entgegenschlägt. Und doch ist dieses Stellungnehmen notwendig, damit sich formelle öffentliche Meinung überhaupt bilden kann. Die Zeitungen sind jene Organe, die auch die quasi-öffentliche Meinung der „intermediären Mächte“ über den verhältnismäßig engen Kreislauf der Mitglieder hinaus ins Spiel der breiten Öffentlichkeit bringen. Sie leisten damit dem demokratischen Staat einen unverzichtbaren Dienst. Denn sie ermöglichen Herrschaft dadurch, daß sie einen wesentlichen Beitrag zur Integrierung der pluralistischen Gesellschaft in den demokratischen Staat leisten.

Der Ort dieser kritischen Publizistik liegt heute nicht mehr im Bereich des Gesellschaftlichen, sondern sie ist zwischen Gesellschaft und Staat als Institution besonderer Art angesiedelt. Allerdings gibt es gewisse Unterschiede. Der Rundfunk gehört schon wegen seiner öffentlich-rechtlichen Organisation mehr in die Nähe des Staates als der gesellschaftlichen Gruppen. Die Zeitungen hingegen tendieren mehr zur Gesellschaft, ohne aber wie früher einmal Organ der Gesellschaft zu sein.

Die Publizistik braucht heute ein hohes Maß von Verantwortungsbewußtsein schon deshalb, weil sie zum zentralen Bereich demokratischer Kritik geworden ist. Wahre Kritik lebt von der sauberen Unterscheidung. Wer dazu nicht bereit ist, weil ihm der Blick und die Verantwortung für das Ganze fehlen, der hat trotz vielleicht blendender Feder seinen Beruf als Journalist verfehlt. Selbstloser Dienst für die Gemeinschaft und damit auch für den Staat muß vielmehr die innere Triebfeder journalistischer Arbeit sein. Vielleicht könnte die Erkenntnis von der beschränkten Aussagekraft der einzelnen Medien ein erster Schritt zur Selbstbescheidung und zum selbstlosen Dienst sein.

## Richard Wagner

† 13. Februar 1883

Willibald Götze

So gegensätzliche Reaktionen Richard Wagners Werke seit ihrem Erscheinen ausgelöst haben, so verschieden der Sinneswandel der Zeiten den Sinngehalt der künstlerischen Aussagen inzwischen gewertet hat und in Zukunft noch werten wird, unvermindert bewirkt der große Magier durch eine rätselhafte Verzauberung Hingabe oder Abwehr, Zustimmung oder Widerspruch – heute wie ehemals.